DIE ZEIT

Alles nur Feiglinge?

In der Debatte um den Afghanistan-Einsatz rüsten deutsche Generäle rhetorisch auf. Doch auch hier muss die Politik entscheiden, nicht das Militär. Ein Gastkommentar

Von Robert Zion

Robert Zion ist Mitglied der Grünen. Auf deren Afghanistan-Parteitag im vergangenen September führte er den Aufstand der Basis gegen den Vorstand an.

Das deutsche Militär hat einen langen, weitestgehend positiv gesehenen Weg genommen – von der Reichswehr als „Staat im Staate", die die Dolchstoßlegende pflegte und sich „im Felde unbesiegt" und von der Politik verraten wähnte, bis zum Staatsbürger im Uniform; vom zunächst preußischen, dann gesamtdeutschen Militarismus bis zur heutigen Parlamentsarmee.

Doch in keiner Institution sind Traditionen über die Zeitenläufe, Kriege und Staatsformen hinweg hartnäckiger als beim Militär. Unter dem unscheinbaren Titel „Deutsche Generäle hadern mit Berlins Afghanistan-Politik" berichtete *Spiegel online* Anfang Februar von einer Art Aufstand der deutschen Generäle. Es ging um nicht weniger, so der Inspekteur des Heeres Generalleutnant Hans-Otto Budde, als um eine „gesellschaftliche Diskussion" darüber, „warum, wo, wann und für welche Ziele oder Interessen Deutschland Soldaten einsetzt". Ob denn überhaupt (wieder) deutsche Soldaten für deutsche Interessen in den Kampf ziehen sollten, scheint in der Generalität gar nicht mehr zur Diskussion zu stehen.

Nach dem Brief von US-Verteidigungsminister Gates jedenfalls und dem sofortigen klaren „Nein" der deutschen Politik zu einem Kampfeinsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans scheint den Generälen das Urteil klar: Der Einsatz der Streitkräfte werde "offensichtlich nach innenpolitischen Zumutbarkeitskriterien entschieden zu Lasten der Bündnissolidarität", so der ehemalige Heereschef Hellmut Willmann, der die Regierung im „Dilemma zwischen innenpolitischen Sachzwängen und bündnispolitischer Solidarität" sieht. Wenn aber aus dem Parlamentsvorbehalt und dem Primat der Politik „innenpolitische Sachzwänge" im Kontext einer nicht mehr hinterfragten Prämisse militärischer Interessendurchsetzung werden, dann werden solche Äußerungen aus der Generalität selbst zum Politikum.

Spiegel online bringt es auf den Punkt: „Aus Sicht der Bundeswehr schielen die Parteien in Deutschland lieber auf den Wähler, als dass sie sich um die Reputation ihrer Streitkräfte im Bündnis kümmern." Aber ist Demokratie denn tatsächlich nur ein „Schielen auf den Wähler" und als solche eine Unwägbarkeit für die Reputation des Militärs und für das Nato-Bündnis? Was für ein Bild von Demokratie schleicht sich hier eigentlich – langsam und unbemerkt – in Zeiten des Kriegs in die deutsche Öffentlichkeit ein? Sind die Deutschen tatsächlich so dumm, dass sie in Fragen der Sicherheit und des Kriegs der pädagogischen Belehrung militärischer und politischer Eliten bedürfen?

„Es gibt in der Bevölkerung keinerlei Akzeptanz für Kampfeinsätze im Ausland", wie Christoph Seils auf ZEIT online zu Recht schrieb. Zugleich mehren sich im deutschen

Bundestag die Beschwerden von Parlamentariern – von der Linkspartei bis zur FDP – über die mangelnde Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber den Volksvertretern. Evaluierungen werden nicht vorgelegt, Auskünfte über operative Details verweigert, Erkenntnisse über zivile Opferzahlen, so sie denn vorliegen, verleugnet oder beschönigt. Die Bundeswehr entwickelt sich so praktisch zunehmend von einer Parlaments- zu einer Exekutivarmee – und damit zurück in eine unselige deutsche Militärtradition.

Sicher, die Bundeswehr ist noch nicht der „Staat im Staate". Doch in Kriegszeiten, in lang anhaltenden zumal, ist diese Tendenz zweifelsfrei gegeben, als Gefahr für das Primat der Politik und damit letztlich für die demokratische Kultur in diesem Land. Die Logik des Kriegs bleibt die Logik des Kriegs, in ihr geht es um operative Kampfführung, Sieg oder Niederlage, das Handwerk des Tötens, schnelle Reaktionen auf veränderte militärische Lagen. Das langsame Abwägen der Demokratie, Meinungsbildungsprozesse, Zweifel und Sinnfragen stehen naturgemäß quer zu dieser Eigenlogik.

Dementsprechend wächst das politische Gewicht der Militärs in Kriegszeiten – als nüchterner, kalter Sachzwang. Darum auch soll Winston Churchill einmal gesagt haben: „Besser Blabla als Bummbumm." Die Bevölkerung der Bundesrepublik scheint dies heute genauso zu sehen und damit erweist sie sich als weit klüger als so manche Eliten hierzulande.

Daran, dass Deutschlands Sicherheit „am Hindukusch" verteidigt würde, wie einst der damaligen Verteidigungsminister Peter Struck behauptete, oder an eine „uneingeschränkte" Solidarität mit einer abgewirtschafteten US-Regierung glaubt ohnehin kaum ein Mensch in Deutschland (mehr). Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie hängt darum auch nicht von der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in Afghanistan oder von unserer Generalität ab. Sie hängt davon ab, dass sie einer deutschen Tendenz zum „Bummbumm" und zur militärischen Eigenlogik widersteht.

Schließlich ist das Kriegsgeschrei der Generäle noch nicht einmal nüchtern. Denn der Krieg in Afghanistan ist militärisch nicht zu gewinnen. Wir haben aber weit mehr zu verlieren als nur diesen Krieg.

ZEIT online

06/2008